



## Stefan Lenzen

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen  
Sprecher für Arbeit und Soziales der FDP-Landtagsfraktion NRW  
Sprecher für Integration und Flüchtlinge der FDP-Landtagsfraktion NRW

Landtag NRW • Stefan Lenzen MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Rede zum Gesetz über die Feststellung des  
Haushaltsplans des Landes Nordrhein-  
Westfalen für das Haushaltsjahr 2022  
(Einzelplan 7: Flüchtlinge und Integration)

Platz des Landtags 1  
D-40221 Düsseldorf  
Telefon: (0211) 884-4408  
Fax: (0211) 884-3677  
E-Mail: stefan.lenzen  
@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 24.11.2021

### - Es gilt das gesprochene Wort -

Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Die NRW-Koalition aus FDP und CDU ist 2017 angetreten, um für mehr Verbindlichkeit bei der Integration zu sorgen. Das haben wir erreicht und das setzen wir fort:

- Wir stärken die integrationspolitische Infrastruktur. Mit dem heute noch auf der Tagesordnung stehenden Teilhabe- und Integrationsgesetz schaffen wir dafür die rechtliche Grundlage. Dabei gilt für uns: Mehr Planungssicherheit statt „Projekteritis“. Wir sichern die Strukturen mit 130 Millionen Euro ab.
- Und wir schreiben eine Anpassung der Fördersummen entsprechend der Tarifsteigerungen und der Entwicklung der Verbraucherpreise fest. Damit schaffen wir erstmals eine langfristig verlässliche Finanzierung auf gesetzlicher Grundlage gerade auch für die Integrationsarbeit der freien Träger.
- Ohne unsere Kommunen wäre Vieles nicht denkbar. Versorgung, Unterbringung und Integration finden vor allem vor Ort statt. Wir wollen die verschiedenen Ämter und Stellen besser vernetzen. Dafür haben wir das Kommunale Integrationsmanagement ins Leben gerufen. Dies statten wir nun zusätzlich mit 25 Millionen Euro aus. Insgesamt stehen hier 75 Millionen Euro zur Verfügung.
- Wir stärken aber nicht nur die kommunale Integrationsinfrastruktur, wir entlasten unsere Kommunen auch nachhaltig. Mit dem neuen Flüchtlingsaufnahmegesetz verbessern wir die finanzielle Situation der Städte und Gemeinden bei der

Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen. Gerade die Geduldeten stellen eine finanzielle Belastung für die Kommunen dar. Hier haben wir für deutliche Verbesserungen gesorgt und stellen neben den Pauschalen zusätzlich 175 Millionen Euro für Ausgleichszahlungen zur Verfügung.

Wir statten aber auch die Landeseinrichtungen und die Strukturen für den Asylstufenplan mit den notwendigen finanziellen Mitteln aus.

- Die Zentralen Ausländerbehörden erhalten 3,1 Millionen Euro mehr als im laufenden Haushaltsjahr,
- für den Betrieb einer weiteren flughafennahen Unterbringungseinrichtung für Ausreisepflichtige stellen wir 5,3 Millionen Euro zur Verfügung und
- für die Digitalisierung von Verwaltung und Aufnahmeeinrichtungen stehen 7,2 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung.

Integration ist nicht nur eine Aufgabe staatlicher Akteure. Daher schreiben wir bestehende Förderungen u. a. für die Integrationsagenturen, die kultursensible Altenpflege oder die Migrantenselbstorganisationen fort. Für die soziale Beratung der Flüchtlinge stellen wir weiterhin 35 Millionen Euro zur Verfügung. Gleichzeitig heben wir die Förderhöchstsätze für Stellen in Landeseinrichtungen auf 90 % an, um hier Anreiz für die Besetzung noch offener Stellen zu geben.

Menschen, die zu uns kommen, aber auch Menschen, die schon seit Generationen hier leben, erleben immer wieder Diskriminierung. Das ist nicht akzeptabel, aber leider Realität. Deshalb brauchen wir nicht nur mehr Sensibilisierung zum Abbau diskriminierenden Verhaltens, sondern auch Ansprechpartner für die Opfer.

Im neuen Haushalt erhöhen wir den Ansatz für die Meldestellen von 400.000 auf 810.000 Euro, um neben der Meldestelle für Antisemitismus sukzessive weitere Meldestellen für andere Formen von Diskriminierung einrichten zu können.

NRW ist seit je her ein vielfältiges Land und diese Vielfalt war und ist unsere Stärke. Die Migration in Folge zunehmender bewaffneter und hybrider Konflikte fordert uns alle heraus. Deshalb bringen wir Ordnung und Humanität zusammen und sorgen für mehr Verbindlichkeit bei der Integration. Dafür stehen die NRW-Koalition und Minister Dr. Joachim Stamp. Dafür steht der Landeshaushalt 2022.